

# Von der Autorität der Weltorganisation

Der UN-Generalsekretär vor der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

JAVIER PÉREZ DE CUÉLLAR

*In dem Jahr, in dem sich der Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen zum zehnten Male jährt, stattete Generalsekretär Pérez de Cuéllar der Bundesrepublik Deutschland (und kurz darauf auch der Deutschen Demokratischen Republik) seinen ersten offiziellen Besuch ab. In Bonn hatte er am 10. Juni 1983 ein intensives Arbeitsprogramm zu bewältigen; Gespräche führte er mit Bundeskanzler Kohl, Bundestagspräsident Barzel, Bundespräsident Carstens und Bundesaußenminister Genscher. Daß er an diesem Tag auch die Gelegenheit zu einer (in englischer Sprache gehaltenen) Ansprache vor Mitgliedern und Gästen der DGVN wahrnahm und ihnen anschließend bereitwillig Rede und Antwort stand, unterstreicht die Anerkennung der Rolle der DGVN und generell der nichtstaatlichen Organisationen durch die Weltorganisation. Vorträge des UN-Generalsekretärs vor der DGVN sind nun schon fast Tradition geworden; Vorgänger Kurt Waldheim sprach anläßlich seiner offiziellen Besuche am 5. Februar 1975 in Bonn und am 30. März 1979 in Berlin vor unserer Gesellschaft (siehe VN 1/1975 S. 1 ff. und VN 2/1979 S. 41 ff.).*

## **Einführung durch Frau Dr. Helga Timm, MdB, Vorsitzende der DGVN:**

Es ist eine große Ehre und eine besondere Freude für mich, Sie im Namen der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen willkommen zu heißen. Da wir alle wissen, wie gedrängt Ihr Programm hier in Bonn ist, sind wir außerordentlich dankbar, daß Sie diesen Besuch bei uns heute abend noch einschieben konnten. Wir sind davon überzeugt, daß es äußerst nützlich und wichtig ist, daß der höchste Repräsentant des UN-Systems sich nicht nur mit Regierungsvertretern unseres Landes trifft, sondern sich auch an die Öffentlichkeit wendet, an uns, »die Völker der Vereinten Nationen«, um den Anfang unserer UN-Charta zu zitieren.

Erlauben Sie mir bitte, Ihnen einiges über die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen mitzuteilen: Unsere Gesellschaft wurde schon 1952 gegründet, das heißt kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 21 Jahre, bevor unser Land Mitglied der Vereinten Nationen wurde. Wir sind nicht nur eine nichtstaatliche Organisation — und auf diesen Status sind wir sehr stolz —, wir sind auch als Informations- und Dokumentationszentrum für die Vereinten Nationen tätig. Unser Hauptziel während dieser 31 Jahre war und bleibt aber die Verbreitung der Gedanken der UN-Charta und die Unterstützung der Vereinten Nationen in »kritischer Solidarität«, wie wir sagen.

Selbst wenn Regierungen und öffentliche Meinung — auch in unserem Lande — die Aktivitäten oder den Mangel an Aktivitäten der Vereinten Nationen manchmal scharf kritisieren, sind wir davon überzeugt, daß Rolle und Bedeutung der Vereinten Nationen stetig wachsen. Ohne die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen wäre die Welt in einem chaotischen Zustand. Eine friedliche Welt kann und wird nur durch und mit Hilfe eines internationalen Systems — die Vereinten Nationen — erreicht werden.

Und Frieden bedeutet nicht nur Rüstungskontrolle, weltweite und gleichgewichtige Abrüstung, ein System internationaler Sicherheit,

- > Frieden bedeutet auch: wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Südens durch internationale Zusammenarbeit,
- > Frieden bedeutet auch: Einsatz für die weltweite Verwirklichung der Menschenrechte,
- > Frieden bedeutet auch: Erhaltung unserer Umwelt.

Dies ist die heutige Hauptforderung an das UN-System als Ganzes — an den Sicherheitsrat mit seiner Hauptverantwortung und auch an Sie, Exzellenz, mit all Ihren Möglichkeiten auch zu »guten Diensten«.

Wir, die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, werden unsere Regierung weiterhin auffordern, ihre Verbundenheit mit den Vereinten Nationen zu festigen, ihre Finanzbeiträge zu den Entwicklungsprogrammen des UN-Systems und vor allem zu den humanitären Einrichtungen wie dem UNICEF und dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars zu erhöhen — auch wenn unsere eigene wirtschaftliche Lage nicht im Bestzustand ist.

Für Sie, Exzellenz, unsere besten Wünsche für Erfolg bei Ihrer so außergewöhnlich schwierigen Arbeit — Ihr Erfolg heute und morgen ist gleichbedeutend mit mehr Frieden in der Welt.

## **Ansprache von UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar vor der DGVN:**

Ich darf Ihnen aufrichtig danken für Ihren herzlichen Empfang und für die beredten Worte, die Sie für die Arbeit und die Ziele der Vereinten Nationen gefunden haben. Ich freue mich sehr, daß ich anläßlich des zehnten Jahrestags des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen hier mit Mitgliedern der Gesellschaft für die Vereinten Nationen zusammen sein kann. Der Erfolg der Vereinten Nationen und ihrer Programme hängt in großem Maß vom Verständnis und von der Unterstützung der Öffentlichkeit ab. Die Tätigkeit dieser und anderer ähnlicher Gesellschaften in der ganzen Welt spielt hier eine außerordentlich wichtige Rolle. Ich möchte daher Ihnen, Frau Dr. Timm, und allen Mitarbeitern und Mitgliedern der Gesellschaft für Ihre Arbeit ausdrücklich danken. Sie dient in der Tat einer friedlichen und gerechteren Welt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch der Bundesrepublik Deutschland meinen Dank für den Beitrag abstellen, den sie für die Vereinten Nationen leistet. Die Bundesrepublik ist der viertgrößte Beitragszahler des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen und hat auch die wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme und die humanitären Programme der Vereinten Nationen mit großzügiger — und dringend benötigter —

---

## *Autoren dieser Ausgabe*

*Dr. Dr.h.c. Theodor Dams, geb. 1922, Professor für Wirtschaftspolitik, ist Direktor des Instituts für Entwicklungspolitik der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg.*

*Dr. Fritz Fischer, geb. 1936, 1977–1980 persönlicher Mitarbeiter des Vorsitzenden der »Brandt-Kommission«, seitdem wieder im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit tätig.*

*Michael Koch, geb. 1955, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel.*

*Dr. Winrich Kühne, geb. 1944, ist seit 1973 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (Fachgruppe Afrika), Ebenhausen bei München.*

*Javier Pérez de Cuéllar, geb. 1920, Diplomat und Völkerrechtler aus Peru, ist seit Jahresbeginn 1982 UN-Generalsekretär. Zuvor u.a. mehr als zwei Jahre Untergeneralsekretär für besondere politische Angelegenheiten.*

finanzieller Hilfe unterstützt, die, wie ich Ihnen versichern kann, gut verwendet wird. Sie hat wichtige Initiativen für den Schutz der einzelnen Menschen und für die Förderung der sozialen Gerechtigkeit und der Abrüstung ergriffen. Sie ist in allen wichtigen Organisationen der Vereinten Nationen vertreten, sie war Mitglied des Sicherheitsrats, ihr Ständiger Vertreter wurde zum Präsidenten der 35. Tagung der Generalversammlung gewählt, und sie ist auch im Sekretariat der Vereinten Nationen auf oberster Ebene vertreten. Auf alle diese Dinge kann jeder Bürger der Bundesrepublik stolz sein.

Verehrte Freunde! Den Vereinten Nationen wurden mit ihrer Gründung Pflichten und Aufgaben übertragen, die so umfassend sind, daß sie die Hoffnung für den Frieden der Zukunft und das Wohl der Welt einschließen. Durch das Aufkommen der Kernwaffen schließt diese Verantwortung jetzt sogar auch das Überleben unseres Planeten ein. Die Macht — im herkömmlichen Sinne dieses Wortes —, mit der die Vereinten Nationen zur Wahrnehmung dieser Aufgaben und Pflichten ausgestattet wurden, war ziemlich gering. Wenn man jedoch die Geschichte der letzten 37 Jahre objektiv betrachtet, kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Autorität der Vereinten Nationen einen wichtigen und positiven Einfluß auf die Weltpolitik hatte. Ich möchte dabei das Wort ›Autorität‹ betonen, da man diese natürlich von Macht im Sinne der militärischen oder wirtschaftlichen Macht unterscheiden muß. Die Charta der Vereinten Nationen sieht zwar besondere Maßnahmen zur Durchsetzung des Friedens vor; die internationale Truppe, die dem Sicherheitsrat zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt werden sollte, ist jedoch nie Wirklichkeit geworden, und wirtschaftliche Sanktionen, die Zwangsmaßnahmen, wurden nur zweimal angewendet. Die Autorität der Vereinten Nationen leitet sich ab von der Kraft vereinbarter Normen des internationalen Verhaltens und international anerkannter Ziele, von der Kompetenz und der Einsatzbereitschaft ihrer internationalen Bediensteten und von der Mitgliedschaft von 157 Mitgliedstaaten, inzwischen fast alle Staaten der Erde. Am allermeisten hängt die Autorität der Vereinten Nationen von politischen Sachentscheidungen der Mitgliedstaaten ab, die dazu führen, daß die Vereinten Nationen im Interesse der internationalen Sicherheit, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der sozialen Gerechtigkeit bestimmte Dinge tun oder nicht tun.

Die Autorität der Vereinten Nationen hat dem Entkolonisationsprozeß und dem Kampf um nationale Selbstbestimmung zwingende Legitimität verliehen. Sie war ein wichtiger Grund dafür, daß es einem Vermittler der Vereinten Nationen gelang, die ersten Waffenstillstandsabkommen im Nahostkonflikt zustandezubringen, und auch heute noch ist es dort diese Autorität, die der Tätigkeit der Friedenssoldaten auf den Golanhöhen und im Südlibanon, den ›Blauhelmen‹, Sinn und Ziel verleiht. Es ist diese Autorität der Vereinten Nationen, die es möglich gemacht hat, daß Millionen von Flüchtlingen geholfen wurde, daß gewaltige Mittel für Entwicklung und Gesundheit aufgebracht werden und daß dort, wo nationale Programme nicht möglich waren oder nicht ausreichten, Menschen durch Nahrungsmittellieferungen vor dem Hungertod gerettet werden konnten.

Dies alles sind beachtliche Erfolge und sie sind keineswegs die einzigen Erfolge der Vereinten Nationen. Dennoch sind die tieferen Ursachen regionaler Konflikte immer noch nicht behoben und tauchen immer wieder neue solche Konflikte auf. Wir müssen erleben, wie das internationale Vertrauen weithin dahinschwand und wie gleichzeitig die Spannungen zwischen Ost und West zunahmen, die neben anderen Folgen auch einen ungünstigen Einfluß auf den Sicherheitsrat haben. Die Welt leidet weithin unter wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ungleicher Entwicklung. All dies vollzieht sich vor dem Hintergrund der furchtbarsten Rüstungsbedrohung, die die Welt je gekannt hat. In einer solchen Situation zunehmender weltweiter Gefahren liegt es wohl auf der Hand, daß die *Autorität* der Vereinten Nationen als Instrument des Friedens ein äußerst wichtiges,

weltweites Aktivum ist. Logischerweise sollte diese Autorität gerade deswegen gestärkt werden, weil die Probleme unserer Welt so groß geworden sind. Meine Hauptsorge, die ich heute abend mit Ihnen teilen möchte, ist, daß genau dies nicht der Fall ist. Es gibt vielmehr Tendenzen, von denen einige keineswegs neu sind, durch welche die Leistungsfähigkeit der Vereinten Nationen gerade dann geschwächt werden kann, wenn sie am allernötigsten gebraucht wird.

Jedesmal, wenn ein Mitgliedstaat seine Verpflichtungen aus der Charta nicht erfüllt oder einem Beschluß des Sicherheitsrats nicht nachkommt, wird die Autorität der Vereinten Nationen dadurch entsprechend gemindert. Ich glaube nicht, daß irgendein Mitgliedstaat so etwas leichtthin und ohne Überlegung tut. Immerhin geht es dabei um eine wichtige politische Entscheidung. Dennoch werden nationale Ziele mit Gewalt verfolgt, trotz des Charta-Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt, der bei der Verringerung der Spannungen in Europa so wichtig gewesen ist.

Der Sicherheitsrat ist das Organ der Vereinten Nationen, das von der Charta mit der Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens betraut wurde. Die Resolutionen des Sicherheitsrats müssen daher als das wichtigste Instrument der Vereinten Nationen für die Verfolgung ihres in der Charta festgelegten ersten und wichtigsten Zieles angesehen werden. Mit dem Einstimmigkeitserfordernis für die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats bei der Verabschiedung von Sachresolutionen wird sowohl anerkannt, wie wichtig die vom Rat beschlossenen Maßnahmen sind, als auch welche besondere Verantwortung diese Mächte bei der Erhaltung des Friedens haben. Das bedeutet zugleich, daß man bei einmal vom Rat verabschiedeten Resolutionen davon ausgehen muß, daß sie die Verpflichtung der Ratsmitglieder zur Zusammenarbeit bei der Erfüllung dieser Resolutionen einschließen. Diese Zusammenarbeit kommt leider häufig nicht zustande, obwohl kollektive Maßnahmen im Interesse der gemeinsamen Sicherheit genau der Gedanke sind, auf den die Vereinten Nationen gegründet wurden. Das Ergebnis ist, daß die Resolutionen des Rates oft ignoriert werden und der Sicherheitsrat eher als ein Forum für Debatten statt als Instrument für Taten erscheint. Eines der wichtigen Ziele der Vereinten Nationen besteht darin, den Völkern der Welt die Möglichkeit zu verschaffen, auf diesem Forum ihre Ansichten und Sorgen auszusprechen zu können. Wie in jedem Parlament ist es wahrscheinlich, daß dies zu — gelegentlich erhitzten und erbitterten — Redeschlachten führt. Verhandlungen und die Bewältigung von Bedrohungen des Friedens erfordern jedoch ein anderes Vorgehen. Debatten ohne wirksame Aktionen können die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen unterhöhlen. Alle Nationen und insbesondere die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats müssen eine größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit zeigen, wenn es darum geht, dafür zu sorgen, daß die Vereinten Nationen ihre Verantwortung für die Wahrung des Friedens erfüllen können.

Ich möchte hier ganz besonders an den Nahen Osten erinnern als eine Region, wo die Situation immer noch besonders gefährlich ist. Was auch immer die — in der Tat ungeheueren — Schwierigkeiten sein mögen, die sich der Lösung der Konfliktursachen in diesem so wichtigen Teil der Erde entgegenstellen, finde ich doch, daß man vernünftigerweise durchaus erwarten kann, daß die Vereinten Nationen die Schärfe der dort vorhandenen Probleme mildern und dadurch Zeit für eine umfassende Gesamtlösung schaffen können. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats ein gemeinsames Interesse an diesem Ziel anerkennen und entsprechend handeln. Es ist klar, daß dieses gemeinsame Interesse nicht so leicht anerkannt wird, wenn sich die Beziehungen zwischen den Ständigen Mitgliedern und insbesondere den beiden Hauptatommächten verschlechtern. Dennoch bleibt, davon bin ich zu tiefst überzeugt, dieses gemeinsame Interesse bestehen.

In meinem Bericht an die Generalversammlung vom letzten September habe ich eine Reihe von Wegen vorgeschlagen, auf

denen der Sicherheitsrat gestärkt werden kann. So ist es zum Beispiel wichtig, daß die Regierungen einen Beschluß, den der Sicherheitsrat gefaßt hat, auch danach weiterverfolgen und unterstützen. Der Rat könnte auch aktiver werden und ein Gespräch oder Aktionen in Gang bringen, bevor eine Auseinandersetzung den Krisenpunkt erreicht hat. Ich selbst bin entschlossen, mein Charta-Mandat durch präventive Diplomatie voll auszuschöpfen. Ich glaube, daß alles nur irgend mögliche getan werden sollte, um die Vereinten Nationen in die Lage zu versetzen, schnell handeln und Krisen abwenden zu können, bevor diese zum Ausbruch kommen.

Die Friedenssicherungsoperationen von UN-Soldaten sind für eine der erfolgreichsten Neuerungen der Vereinten Nationen gehalten worden. Wir müssen uns jedoch eingestehen, daß die Ereignisse im Libanon diesen Gedanken in Frage gestellt haben. Ich glaube, es wäre gut, wenn die Mitglieder des Sicherheitsrats eine konkrete, gemeinsame Verpflichtung eingehen würden, mit allen in ihrer kollektiven und individuellen Macht stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die Bedingungen respektiert werden, unter denen Friedensstreitkräfte der Vereinten Nationen eingesetzt sind.

Der Sicherheitsrat führt gegenwärtig eine ernste Prüfung dieser und anderer Mittel zur Stärkung der Vereinten Nationen als Instrument zur Aufrechterhaltung des Friedens durch. Die bisherigen Gespräche hierüber waren konstruktiv und harmonisch. Solche Konsultationen geben die Gelegenheit zu Beschlüssen, die bessere Aussichten für die Friedenserhaltung bieten. Es versteht sich, daß von den einzelnen Regierungen dabei schwierige Entscheidungen verlangt werden, denn es bedeutet in vielen Fällen eine beträchtliche Änderung des eigenen Vorgehens, wenn man sich zur Lösung von Streitfällen auf den Sicherheitsrat verläßt. Zugleich wäre dies jedoch auch die Rückkehr zu einem der Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen.

Ich hielt es für angebracht, diese Überlegungen heute mit Ihnen zu teilen, denn ich habe die feste Überzeugung, daß die Welt wie nie zuvor Vereinte Nationen braucht, die in der Lage sind, die Ziele zu erreichen, für die sie geschaffen wurden. Wir wissen alle, daß es die Vereinten Nationen bisher nicht vermocht haben, diese Ziele voll zu erreichen. Wir müssen jedoch auch ihre nicht unbeträchtlichen bisherigen Erfolge sowie das Potential der Möglichkeiten anerkennen, die sie uns bieten.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, welch großes Interesse jeder von Ihnen an den Programmen der Vereinten Nationen und an den gegenwärtig auf deren Tagesordnung stehenden Problemen hat. Ich bin auf alle diese Fragen nicht im einzelnen eingegangen, da ich es für besser hielt, Zeit zur Behandlung der besonderen Fragen zu lassen, die Sie vielleicht gerne besser erläutern oder geklärt sehen möchten. Wenn es solche Fragen gibt, stehe ich Ihnen daher gerne zur Verfügung. Lassen Sie mich Ihnen jedoch zunächst für Ihre Aufmerksamkeit danken und Sie nochmals zu den vortrefflichen und äußerst notwendigen Bemühungen Ihrer Gesellschaft um starke und erfolgreiche Vereinte Nationen beglückwünschen.

*Anschließend beantwortete der Generalsekretär Fragen aus dem Publikum — unter anderem zur Friedenssicherungsfunktion der Vereinten Nationen, zu Namibia und zur Nord-Süd-Problematik.*

#### **Tischrede des UN-Generalsekretärs aus Anlaß des am gleichen Tag von Bundesaußenminister Genscher gegebenen Abendessens:**

Ich bin außerordentlich dankbar für die gastfreundliche Aufnahme, die mir hier in der Bundesrepublik Deutschland zuteil wurde, und für die Unterstützung, die Sie heute abend für meine Bemühungen als Generalsekretär zum Ausdruck brach-

ten. Ich bin besonders erfreut darüber, daß ich im Jahr der zehnjährigen Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen die Gelegenheit zu einem Besuch in Bonn habe.

Bei der Erläuterung der Politik der Bundesregierung sagte Bundeskanzler Kohl, aktive Friedenspolitik sei eine politische Notwendigkeit und eine moralische Pflicht. Während der zehnjährigen Mitgliedschaft der Bundesrepublik in den Vereinten Nationen ist offenbar geworden, daß eine solche Friedenspolitik eine starke Unterstützung der Vereinten Nationen durch die Bundesrepublik zur Folge hat. Dies wurde in dem gesamten, vielfältigen Tätigkeitsbereich der Vereinten Nationen deutlich. Auch die hervorragende Qualifikation des deutschen Personals in den Vereinten Nationen bedeutet eine Stärkung der Organisation. Als Präsident der Generalversammlung hat Botschafter von Wechmar seinen Einfluß zugunsten einer weltweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit geltend gemacht, den ich auch kürzlich auf der VI.UNCTAD-Tagung in Belgrad deutlich erkennen konnte. Ich bin besonders dankbar dafür, daß das Auswärtige Amt uns Herrn Carl-August Fleischhauer als Rechtsberater im Sekretariat zur Verfügung stellte.

Exzellenz, die bedeutendste Unterstützung, die die Vereinten Nationen erfahren können, ist das uneingeschränkte Bekenntnis zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Ein solcher Grundsatz bildet die Grundlage der Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einer Reihe ihrer europäischen Nachbarn. Ich meine damit natürlich den Grundsatz, daß alle Mitglieder in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen.

Die Erfahrung Ihres Landes lehrt, daß die Probleme in den zwischenstaatlichen Beziehungen, auch wenn es sich um Staaten mit verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Systemen handelt, eher lösbar werden, wenn dieser Grundsatz beachtet wird. Die Geschichte dieses Kontinents zeigt, daß das Gegenteil gleichermaßen zutrifft. Wenn Gewalt angedroht wird, so sind selbst relativ einfache Probleme bilateral oder durch eine internationale Organisation viel schwieriger zu lösen. Tragischerweise wird heute in vielen Teilen der Welt zur Verfolgung bestimmter Ziele Gewalt angewendet. Dadurch sind zunächst einmal die dem Konflikt zugrunde liegenden Ursachen schwieriger zu beseitigen. Überdies hat dies einen schrecklichen Blutzoll, die Zerstörung von Eigentum und die Vergeudung von Werten zur Folge. Am beunruhigendsten ist jedoch die Ansteckungsgefahr der Gewaltanwendung, und dies in einer Welt, die nach aller Logik die Ausbreitung der Gewaltanwendung nicht dulden darf.

Darum messe ich der präventiven Diplomatie als Aufgabe der Vereinten Nationen, des Sicherheitsrats und insbesondere des Generalsekretärs so große Bedeutung bei. Präventive Diplomatie hat dabei für mich einen umfassenden Sinn. Wir wissen, daß die Wurzeln der Gewalt tief und breit in soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit hineinreichen. Die von der Bundesrepublik geleistete Entwicklungs- und humanitäre Hilfe ist eine Form der präventiven Diplomatie. Eine andere ist der Schutz der Menschenrechte, zu dem sich die Bundesrepublik Deutschland so nachdrücklich bekennt. Zwar werden in diesen Bereichen Fortschritte erzielt — manchmal mehr, manchmal weniger —, aber sie reichen nicht aus, um die Gefahr der Gewaltanwendung, der sich die Welt noch lange Zeit gegenübersehen wird, endgültig zu beseitigen. Daher müssen sofort wirksame Mittel zur Verhinderung eines Konflikts verfügbar sein. Dies war das Hauptziel bei der Gründung der Vereinten Nationen. Die Konflikte der vergangenen Jahre könnten als Beweis für ihr Versagen gewertet werden. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, daß diese Konflikte auch die zwingende Notwendigkeit einer Organisation der Vereinten Nationen deutlich machen, die die Fähigkeit hat, ihrer in der Charta festgelegten Verant-

wortung zur Wahrung des Friedens gerecht zu werden. Diese Fähigkeit kann auf vielerlei Weise gestärkt werden. Wenn die Vereinten Nationen verhindern sollen, daß Streitigkeiten zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen, so müssen sie sich mit diesen Streitigkeiten zu einem frühen Zeitpunkt befassen. Dazu bedarf es umfassenderer Informationen über mögliche Krisenherde als in der Vergangenheit. Die Mittel der Vereinten Nationen sind begrenzt, meiner Meinung nach kann jedoch viel getan werden. Derzeit werden Schritte unternommen, um die Verfügbarkeit und Nutzung der Informationen im Sekretariat zu verbessern.

Ich selbst versuche, meine häufigen Kontakte mit Regierungschefs zu nutzen, um mich darüber zu unterrichten, wo eine Gefahr droht und welche Möglichkeiten für den Generalsekretär vorhanden sind, rechtzeitig seine guten Dienste auszuüben oder das Problem in Übereinstimmung mit seinem Mandat nach der Charta vor den Sicherheitsrat zu bringen. Daher messe ich den Gesprächen, die ich heute mit Bundespräsident Carstens, Bundeskanzler Kohl und mit Ihnen, Herr Bundesminister, führte, so hohe Bedeutung bei. Doch auch die an einem Konflikt beteiligten Mitgliedstaaten müßten das Problem vor den Sicherheitsrat bringen, solange der Rat noch die ihm verfügbaren Mittel für eine friedliche Lösung nutzen kann. Dies bedeutet, daß man den Rat stärker in Anspruch nimmt. Das wird nur eintreten, wenn die Autorität des Rates durch die aktive Unterstützung und Verpflichtung aller seiner Mitglieder gestärkt wird. Ich sage dies im vollen Bewußtsein der Meinungsverschiedenheiten in den bilateralen Beziehungen einiger Ratsmitglieder. Wir alle brauchen einen Sicherheitsrat, der Streitigkeiten beilegen kann, denn sonst würden diese Meinungsverschiedenheiten noch verschärft, und dies würde keinem Staat nutzen.

Exzellenz, offenkundig sind Frieden und Sicherheit der Staaten und ihr wirtschaftliches und soziales Wohlergehen eng miteinander verknüpft. Dies zeigt sich deutlich in den Entwicklungsländern, die seit dem letzten Weltkrieg Schauplatz der meisten der vielen Konflikte waren.

Ich komme gerade aus Belgrad, wo ich die Eröffnungsrede anlässlich der VI. Tagung der Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung hielt. Es erfüllt mich mit Zuversicht, daß das Schlußkommuniqué vom Gipfeltreffen der Industriestaaten in Williamsburg offensichtlich auf den neuen Ansatz einging, den die Entwicklungsländer auf ihren Treffen in Neu-Delhi und Buenos Aires dargelegt haben.

Ich hoffe zuversichtlich, daß die VI. UNCTAD-Tagung im Geist der Partnerschaft zwischen Nord und Süd voll genutzt werden wird, um Maßnahmen zu beschließen, die gewährleisten, daß der sich im Norden abzeichnende Trend eines verstärkten Wirtschaftswachstums sich auch so bald wie möglich auf den Süden überträgt. Diese dringende Notwendigkeit sollte von der gesamten Völkergemeinschaft erkannt werden, denn wenn wir dies nicht tun, werden alle unweigerlich die negativen Konsequenzen zu spüren bekommen.

Exzellenz, als die Bundesrepublik Deutschland gegründet wurde, war noch unmittelbar im Gedächtnis, welche katastrophalen Folgen entstehen, wenn Ziele mit Gewalt angestrebt werden. Als wohlhabendes und angesehenes Land veranschaulicht die Bundesrepublik Deutschland heute, was durch das Bekenntnis zu den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen erreicht werden kann.

Erlauben Sie mir, das Glas zu erheben auf das Wohl des Herrn Bundesministers des Auswärtigen, der einen so bedeutenden Anteil an diesen Errungenschaften und dem Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen hat.

## UN-Sanktionen und Hoffnung auf friedlichen Wandel

Handlungsmöglichkeiten der westlichen Staaten gegenüber Südafrika

WINRICH KÜHNE

*Raketendebatte, Arbeitslosigkeit, Gedanken über das Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland — Themen, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu Recht in Anspruch nehmen. Auch die internationale Konfliktlage bietet genügend Stoff zu Sorge wie Diskussion. Mittelamerika, Libanon und Afghanistan lauten die derzeit wichtigsten Stichworte. Ein weiterer, seit langer Zeit schwelender Konfliktherd dagegen wird zwar wie eh und je intensiv in Gremien der Vereinten Nationen behandelt, beschäftigt Regierungen und öffentliche Meinung in den westlichen Ländern aber nur noch am Rande: die Lage in Südafrika. Dies ist nicht zuletzt auf den Versuch der gegenwärtigen amerikanischen Regierung zurückzuführen, sämtlichen internationalen, womöglich auch innergesellschaftlichen Konflikten das Interpretationsmuster des Ost-West-Konflikts überzustülpen. Für die (freilich von mannigfaltigen Widersprüchen gekennzeichnete) amerikanische Menschenrechtspolitik vergangener Jahre, die zeitweilig auch einen Hoffnungsschimmer für die schwarze Mehrheit in Südafrika aufglimmen ließ, ist da kein Platz mehr. Ob dies aber auch im längerfristigen Interesse der westlichen Staaten liegt, wird nachfolgend untersucht.*

Es gibt wahrscheinlich wenige Fragen auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen, die durch Gremien der Vereinten Nationen, internationale Konferenzen und die politikberatende Wissenschaft über mehrere Jahre hin so gründlich untersucht und abgehandelt worden sind wie die Sanktionsproblematik in Sachen Südliches Afrika. Von der wissenschaftlich-politikbera-

tenden Seite ist dieser Diskussion eigentlich kaum noch etwas Neues hinzuzufügen und es verwundert nicht, daß die Behandlung der Sanktionsfrage auf Konferenzen und bei öffentlichen Veranstaltungen inzwischen einen rituellen, für die praktische Südafrikapolitik aber weitgehend folgenlosen Charakter angenommen hat. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan, die Geiselnahme im Iran, die Unterdrückung der ›Solidarität‹ in Polen und der Falkland-Krieg dagegen haben in den westlichen Hauptstädten eine lebhaftere Diskussion über Sinn und Zweck sowie Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes ökonomischer Sanktionen in den zwischenstaatlichen Beziehungen aufflammen lassen. Besonders in der Frage, ob die Sowjetunion durch ökonomischen Druck außenpolitisch diszipliniert und systemintern aufgelockert oder sogar das System in seiner Ineffizienz bloßgestellt werden könne, wurden divergierende Auffassungen zwischen den meisten westeuropäischen Regierungen und Washington sichtbar. Die auf den Friedenssichernden Effekt wirtschaftlicher Zusammenarbeit hoffenden Westeuropäer verhielten sich eher zurückhaltend, während die Vereinigten Staaten ihrer Auffassung durch ein Getreideembargo gegen die Sowjetunion und eine Verschärfung des Ausfuhrverbots für fortgeschrittene Technologie Taten folgen ließen. Doch schlossen sich die Westeuropäer 1980 amerikanischen Forderungen nach einem Wirtschaftsboykott gegen den Iran an, um die amerikanischen Geiseln freizubekommen; neue Wirtschaftsabkommen sollten von den EG-Ländern nicht abgeschlossen, die bestehenden aber erfüllt werden. Folge leisteten die meisten EG-Länder schließlich auch, zähneknirschend, der